



Haushaltsrede 2019

**Sehr geehrte Herren Präsidenten,
Liebe Kolleginnen und Kollegen,
Meine sehr verehrten Damen und Herren,**

Die Bezirke in Bayern haben in der letzten Zeit und gerade auch in diesem Jahr wieder eine ungeheure politische und inhaltliche Aufwertung erfahren. Wir nennen uns die Sozialparlamente in Bayern und wir sind die Sozialparlamente in Bayern.

Seit wir die Eingliederungshilfen von den Landkreisen übernommen haben, konnten wir in wenigen Jahren die vielen weißen Flecken im Bezirk mit einem flächendeckenden Netz an Angeboten und Hilfen füllen und das Stadt- Landgefälle erheblich abbauen. Die 2009 beschlossene UN-Behindertenrechtskonvention leitete einen historischen Richtungswechsel in der Behindertenpolitik ein. Weg vom Fürsorgeprinzip, hin zum Selbstbestimmungs- und Teilhabepinzip. Jetzt ist die Konvention in das Bundes- und daraus abgeleitet in die LänderTHG gegossen und in Bayern sind die Bezirke für die Umsetzung verantwortlich. Nun ist es unsere Aufgabe, inklusive Strukturen zu schaffen, in denen Menschen mit Behinderung gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Welch eine Chance, welch ein Auftrag und welch eine Verantwortung!

Seit Anfang letzten Jahres haben wir die ambulante Pflege von den Landkreisen übernommen. Viele Jahre haben wir dafür gekämpft, dass auch die Pflege in die Hände der Bezirke kommt und nun ohne Verschiebepahnhöfe Hilfen aus einem Guss angeboten werden können. Wir wollen in den nächsten Jahren Pflegestützpunkte in allen Landkreisen aufbauen und unseren Bürgerinnen eine unabhängige voll umfängliche und ortsnahe Beratung bieten.

Innerhalb der nächsten drei Jahre soll jeder Bezirk einen flächendeckenden Kriseninterventionsdienst mit einer zentralen Leitstelle aufbauen. Menschen in akuten Krisensituationen sollen angemessene Hilfen bekommen. Der therapeutische Ansatz mit Psychologen und Psychiatern ist dabei gleichberechtigt wie der bisherige sicherheitsverwahrende mit Polizei und Zwangseinweisung in die Psychiatrie. Ein Meilenstein in den Versorgungsstrukturen psychisch erkrankter Menschen

Wir haben gerade eben unsere Behindertenbeauftragte im Bezirk mit einer Stellvertretung, einem Budget und einer klaren Aufgabedefinition deutlich gestärkt und zeigen, wie wichtig uns die Wahrnehmung der Interessen der Menschen mit Behinderung und deren Angehörigen ist.

Anrede

Fraktionsvorsitzende: **Bärbel Imhof**, Dipl.-Biol., Partensteiner Str. 30, 97816 Lohr am Main
TEL 09352 89350, E-Mail:baerbel.imhof@gmx.de

Stellv. Fraktionsvorsitzender: **Gerhard Müller**, Dipl.-Psych., Sieboldstr. 17, 97218 Gerbrunn
TEL 0176 10148403, FAX 0931 415101, gerhard.mueller@neuropsychologie.de

Deutsche Apotheker- und Ärztebank Würzburg, IBAN: DE79300606010001477404, BIC: DAAEDEDXXX

Das alles sind große Errungenschaften der Bezirke auf die wir stolz sein können. Niemand redet mehr von der Abschaffung der Bezirke, im Gegenteil. Niemand kann diese Vielzahl an sozialen Aufgaben besser und gerechter meistern als die Bezirke, das haben wir ausdrücklich bewiesen.

In der kommunalen Familie nehmen die Bezirke mittlerweile eine starke und selbstbewusste Rolle ein. Wir GRÜNE fordern ein klares Bekenntnis für die Bezirke und wir fordern Gleichberechtigung. Wir wollen als 3. Kommunale Ebene genauso ernst genommen werden wie die erste und zweite, Ernst genommen werden vom Freistaat Bayern und ernst genommen werden von unseren BürgermeisterInnen und LandrätInnen. Und wir fordern eine finanzielle Gleichstellung vom Freistaat Bayern, die uns unabhängig vom Gängelband des Finanzministers macht und uns nicht länger als Bittsteller auftreten lässt. Dazu müssen die Bezirke wie die Städte, Kommunen und Landkreise in die quotale Beteiligung am allgemeinen Steuerverbund aufgenommen werden.

Anrede,

die von uns allen unterstützte Resolution zielt genau in diese Richtung und wird vom Bayer. Bezirkstag seit Jahren unterstützt.

Wir GRÜNE verstehen nicht, warum diese Gleichstellung nicht längst umgesetzt ist. Die mächtigen Dachverbände der Städte und Landkreise könnten und müssten uns hier maßgeblich unterstützen. Es sitzen doch genügend LandrätInnen und BürgermeisterInnen in den Bezirken, die genau wissen, was los ist und eine Lanze für die Bezirke brechen könnten. Wir GRÜNE sind der Meinung, dass die kommunale Familie zusammenhalten und sich nicht länger spalten lassen sollte.

Anrede

Leider passiert genau das Gegenteil. Nach wie vor ist es gewollte Politik vom Freistaat Bayern, dass die Bezirke nicht am Steuerverbund und auch nicht an der Erhöhung der Verteilungsmasse der FAG- Mittel beteiligt werden. Der Finanzminister führt zwei Argumente an:

1. Durch die hohen Umlagekraftsteigerungen haben die Bezirke genügend Geld, um ihre Mehrausgaben zu decken.
2. Die Landkreise werden durch Aufgabenverschiebungen an die Bezirke entlastet und bekommen obendrein mehr Zuwendungen. Den Ausgleich müsst ihr dann untereinander regeln. Was euch Bezirken an Finanzmitteln fehlt, müsst ihr euch von den Landkreisen durch die Umlage zurückholen.

Das klingt zunächst einleuchtend. Allerdings treffen beide Argumente nicht zu.

1. Die Hohe Umlagekraftsteigerung in Unterfranken von 10,6% führt tatsächlich zu Mehreinnahmen von 27 Mio € bei gleichem Hebesatz. Jedoch fehlen uns alleine schon im Sozial-HH 32 Mio €, sodass wir mit den 27 zusätzlichen Mio € nicht einmal den Sozial-HH decken können, geschweige denn irgendwelche sonstigen Investitionen finanzieren könnten. Auch die 21,5 Mio € Ausgabenreste aus 2017 wurden in 2018 bis auf einen geringen Überschuss von 450.000 € samt und sonders für die Deckung des HH aufgebraucht, sodass wir in 2019 keinen Puffer haben für absehbare Schwankungen im SozialHH. Hätten wir die 21 Mio € Ausgabereste nicht gehabt, mit was hätten wir den 2018er Haushalt ausgeglichen? In den nächsten Jahren erwarten wir auf Grund der genannten neuen Aufgaben weitere sprunghafte Mehrausgaben im SozialHH bei gleichzeitig abkühlender Konjunktur. Alle Wirtschaftsdaten deuten darauf hin, dass die fetten Jahre vorbei sind und die

Fraktionsvorsitzende: **Bärbel Imhof**, Dipl.-Biol., Partensteiner Str. 30, 97816 Lohr am Main
TEL 09352 89350, E-Mail:baerbel.imhof@gmx.de

Stellv. Fraktionsvorsitzender: **Gerhard Müller**, Dipl.-Psych., Sieboldstr. 17, 97218 Gerbrunn
TEL 0176 10148403, FAX 0931 415101, gerhard.mueller@neuropsychologie.de

Deutsche Apotheker- und Ärztekbank Würzburg, IBAN: DE79300606010001477404, BIC: DAAEDEDXXX

Umlagekraft empfindlich abnehmen wird. Die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben geht also immer weiter auf.

2. Die Landkreise werden zwar entlastet und bekommen obendrein mehr Zuwendungen, zu einem solidarischen Ausgleich zu Gunsten der Bezirke hat das aber noch nie geführt.

Die Bezirke stecken also in einem echten Dilemma. Man scheut die harte Konfrontation mit den Umlagezahlern und trifft lieber Absprachen. Unsere Absprache in Unterfranken war, dass wir die Mittel aus der Rücklage für die Finanzierung unserer Investitionen heranziehen und damit eine längerfristige Planungssicherheit gewährleisten können, ohne die Umlagezahler zu belasten.

Unsere Absprache war auch, dass wir die Umlage möglichst lange stabil halten und nur in kleinen Schritten Anpassungen vornehmen, die jeder Landkreis verkraften kann.

Diese Absprachen wurden im letzten Jahr aufgekündigt. Schließlich war ja Wahljahr und man überbot sich mit Umlageabsenkungsanträgen. Heraus kam eine Absenkung von satten 0,5% Punkten, die sachlich kaum zu vertreten war, aber aus wahltaktischen Gründen mitgetragen wurde.

Außerdem hatten wir 2018 einfach auch Glück, dass der SozialHH relativ stabil blieb, wir mit 93,3 Mio € FAG Mitteln aus dem Bezirkstopf gut bedient wurden und mit den 21,3 Mio € Ausgaberesten der HH 2018 ausgeglichen werden konnte.

Doch dieses Jahr stellt sich die Situation ganz anders dar und wir sollten zurück zu unseren Absprachen finden. Der SozialHH steigt um 24 Mio €, die FAG Mittel schrumpfen auf 85 Mio € zusammen und von den 21,3 Mio € sind ganze 0,45 Mio € übrig geblieben. In einer ersten Besprechung hat uns der Kämmerer des Bezirks vorgerechnet, dass wir 0,4 % Punkte anheben müssten, sollte es bei den bisherigen Absprachen bleiben. Damit der Sprung für die Umlagezahler nicht ganz so groß wird, einigte man sich auf 0,2%. Das Geld dafür wird aus der Rücklage genommen. Damit sollte es gut sein.

Die Landkreise erhalten auch dieses Jahr wieder kräftig zusätzliche Mittel vom Freistaat Bayern, obwohl auch sie Rekordumlagekraftsteigerungen haben. In Unterfranken liegt die Umlagekraftsteigerung der Landkreise und kreisfreien Städte im Schnitt bei 11,4%, also noch deutlich über der des Bezirks und beschert den Landkreisen satte Kreisumlagen. Die Landkreise schöpfen also deutlich mehr Mittel ab als sie an den Bezirk weiterleiten. Ich habe zwei Landkreise exemplarisch durchgerechnet und kann das gerne hier vortragen. Eine moderate Anhebung um 0,2% Punkte BU hätte jedem Landkreis immer noch finanziell genügend Spielraum gelassen, zumal durch Zuständigkeitswechsel und Aufgabenverschiebung die Landkreise zusätzlich entlastet werden.

Der Landkreis MSP z.B. erhält bei einer Umlagekraftsteigerung von nur 5,8% 3,8 Mio € mehr KU. Davon bezahlt er 1,4 Mio € mehr als BU. Bleiben also 2,4 Mio € übrig, was für MSP zusätzlich 300.000 € bedeutet. Im Landkreis Kitzingen steigt die Umlagekraft um 18,5%. Eine Anhebung um 0,2% hätte knappe 231.000€ ausgemacht. Nur um mal eine Größenordnung zu haben. Die Landräte werden jetzt gleich einwerfen, dass ja dann noch andere Umlagen steigen und die Rechnung so nicht stimmt. Das mag sein, aber die Landkreise werden darüber hinaus vielfältig entlastet durch die Übernahme von Aufgaben.

Es gibt dazu eine Anfrage der grünen Stadtratsfraktion an die Stadt Schweinfurt. Die Verwaltung schreibt, dass durch den Zuständigkeitswechsel an den Bezirk von 28 Personen in 2018 insgesamt 194.500 € eingespart wurden. Rechnet man die Erstattung der Grundsicherung durch den BUND heraus, verbleiben davon 122.000 € Belastung beim Bezirk. Eine Anhebung der BU um 0,2% Punkte hätte der Stadt Schweinfurt 190.750 € gekostet, also weniger als die Entlastung nur in diesem Bereich beträgt. Ich denke, in anderen Landkreisen sieht es ähnlich aus.

Fraktionsvorsitzende: **Bärbel Imhof**, Dipl.-Biol., Partensteiner Str. 30, 97816 Lohr am Main
TEL 09352 89350, E-Mail:baerbel.imhof@gmx.de

Stellv. Fraktionsvorsitzender: **Gerhard Müller**, Dipl.-Psych., Sieboldstr. 17, 97218 Gerbrunn
TEL 0176 10148403, FAX 0931 415101, gerhard.mueller@neuropsychologie.de

Deutsche Apotheker- und Ärztekbank Würzburg, IBAN: DE79300606010001477404, BIC: DAAEDEDXXX

Anrede

Diese Zahlen machen deutlich, dass es absolut keine Notwendigkeit gibt, die Landkreise von der Bezirksseite aus noch weiter zu entlasten und die Landkreise sollten ehrlich sein. Im Bezirksausschuss haben die FW eine bessere Abstimmung zwischen dem Bezirk und den Landkreisen gefordert, wenn es um die Festlegung der BU geht. Wir GRÜNE würden uns wünschen, dass dann auch mal die Entlastungen der Landkreise mit auf den Tisch gelegt und alle Seiten beleuchtet werden. Vielleicht trägt das ja zur Klarheit und Wahrheit im HH bei.

Wir GRÜNE stehen deshalb ganz klar zum ursprünglichen Vorschlag des neuen Kämmerers und der Verwaltung. Der Absenkung von 0,5% Punkten aus dem Vorjahr muss jetzt eine moderate Anhebung von 0,2% Punkten folgen. Diese Anhebung von nominal 3.2 Mio € kompensiert noch nicht einmal die Steigerung der Ausgaben von 3,3 Mio € durch die Übernahme der ambulanten Pflege von den Landkreisen. Moderater geht es nicht mehr und kein Landkreis geht daran zu Grunde.

Die Bezirke müssen handlungsfähig bleiben.

Anrede

Wir sind die sozialen Parlamente in Bayern und wir tragen einen großen Anteil an der sozialen Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft. Wir haben wichtige Aufgaben zu erfüllen, die finanziert sein müssen und wir sitzen hier als gewählte BezirksrätInnen. Alle Bezirke müssen sich vorbereiten auf die Umsetzung der neuen Gesetze im BTHG und bei den Krisendiensten. Im Hintergrund schwingen noch das Pflege- und WohnqualitätsGesetz und die chronisch unterfinanzierte Kulturstiftung mit, die uns schon jetzt durch die Förderung des Mainfrankentheaters 1 Mio € im Kameralhaushalt kostet.

Trotz dieser klaren und unmissverständlichen Ausgangslage wurden jetzt Anträge gestellt, noch nicht mal die 0,2 % Punkte anzuheben. Trotz Rekordumlagesteigerungen, kräftigen Mehreinnahmen durch den Freistaat und Entlastungen durch Zuständigkeitswechsel sollen die Landkreise noch mehr geschont werden. Das verstehe wer will. Auf welcher kommunalen Ebene befinden wir uns eigentlich? Wo bleibt das klare Bekenntnis für den Bezirk?

Gleichzeitig schickt man paradoxerweise eine Resolution nach München mit der Forderung nach mehr Geld und sendet zugleich das Signal hier vom Haushalt aus, wir brauchen eigentlich doch kein Geld. Wer soll einen solchen Zickzackkurs im Ministerium noch verstehen? Die Resolution verkommt angesichts solchen Verhaltens endgültig zum zahnlosen Tiger.

Die Zeche zahlt der Bezirk mit der nahezu kompletten Räumung der Rücklage, mit der wir eigentlich die schon begonnenen und neuen Investitionen finanzieren wollten. Aber an diese Absprachen muss man sich offenbar nicht mehr halten.

Anrede

Für uns GRÜNE sendet dieser Haushalt die falschen Signale aus. Vorausschauende Haushaltspolitik, die die Belange des Bezirks im Auge hat, die den künftigen Entwicklungen im Sozialbereich gerecht werden will, die selbstbewusst und eigenständig agiert, sieht für uns anders aus. Wir lehnen deshalb diesen Haushalt ab.

Bärbel Imhof, Gerhard Müller, Klara May und Christina Feiler

Fraktionsvorsitzende: **Bärbel Imhof**, Dipl.-Biol., Partensteiner Str. 30, 97816 Lohr am Main
TEL 09352 89350, E-Mail:baerbel.imhof@gmx.de

Stellv. Fraktionsvorsitzender: **Gerhard Müller**, Dipl.-Psych., Sieboldstr. 17, 97218 Gerbrunn
TEL 0176 10148403, FAX 0931 415101, gerhard.mueller@neuropsychologie.de

Deutsche Apotheker- und Ärztebank Würzburg, IBAN: DE79300606010001477404, BIC: DAAEDEDXXX